



Newsletter

Nr. 32/2025



Besinnliche Adventszeit

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

der erste Advent steht vor der Tür und damit eine Zeit der Besinnung, der Vorfreude und des Miteinanders. Inmitten der Herausforderungen, die uns das Jahr über begleitet haben, bietet die Adventszeit eine wertvolle Gelegenheit, innezuhalten und Kraft zu schöpfen.

Im Maschinenraum der Politik wird unterdessen fleißig gearbeitet und diskutiert, mit eindrucklichen Ergebnissen. In dieser Woche haben wir im Plenum den Bundeshaushalt für 2026 verabschiedet. Wir zeigen mit diesem Haushalt erneut unseren klaren Willen, in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten sowie angesichts zunehmender außen- und sicherheitspolitischer Bedrohungen Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Insbesondere durch das neu eingerichtete Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität investieren wir massiv in die Infrastruktur und damit in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Auch wenn in Berlin noch viele Themen und Termine anstehen, genieße ich die begrenzte Zeit in meiner schönen Heimat vor Weihnachten umso mehr. Vielleicht begegnen wir uns auf dem ein oder anderen Weihnachtsmarkt in der Region. Ich freue mich auf den persönlichen Austausch bei einem warmen Getränk und auf die festliche Atmosphäre, die unsere Städte und Gemeinden in ein ganz besonderes Licht taucht.

Herzlichst

Ilse
Klein Wacker

Bund setzt starkes Zeichen für Kommunen in Odenwald-Tauber

Mit dem im Oktober beschlossenen Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz setzt die Bundesregierung ein starkes Zeichen für unsere Kommunen: Ob neue Schulen, moderne Straßen, leistungsfähige Krankenhäuser oder nachhaltige Energieprojekte – 100 Mrd. Euro stehen den Ländern und Kommunen aus dem Sondervermögen zur Verfügung und können dort eingesetzt werden, wo sie am meisten gebraucht werden.



Bildquelle: Tobias Koch

Dabei bestimmen die Bundesländer selbst, wie viele Mittel in die kommunale Infrastruktur fließen. Aus dem Infrastruktursondervermögen des Bundes wird Baden-Württemberg in den kommenden Jahren rund 13 Milliarden Euro erhalten. Ich begrüße sehr, dass sich Baden-Württemberg dazu entschieden hat, zwei Drittel des Sondervermögens an die Kommunen weiterzugeben. Dies kommt auch meinem Wahlkreis zugute. Auf den Main-Tauber-Kreis entfallen rund 110 Millionen Euro. Der Neckar-Odenwald-Kreis wird mit rund 120 Millionen Euro bedacht.

Es freut mich, dass so die Mittel im Sinne der Menschen vor Ort eingesetzt werden können. Diese dringend benötigten Infrastrukturinvestitionen machen unser Land fit für die kommenden Jahrzehnte. Gemeinsam bauen wir an einer starken, nachhaltigen und lebenswerten Zukunft.

Haushalt für 2026 verabschiedet

Bereits Anfang November passierte der Etatentwurf für den Bundeshaushalt 2026 den Haushaltsausschuss. In dieser Woche war der 524,5 Milliarden Euro umfassende Haushalt Gegenstand im Plenum und wurde nun beschlossen. Wir schaffen das, woran die Ampel gescheitert war, bereits zum zweiten Mal – innerhalb weniger Wochen hat die Koalition aus CDU und SPD nicht nur den Haushalt für 2026, sondern auch den für 2025 beschlossen. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu einem zukunftsorientierten und modernen Land, welches für unsere Bürgerinnen und Bürger funktioniert. Wir werden weiter in die Infrastruktur und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes investieren und entlasten gleichzeitig unsere Bürgerinnen und Bürger auf vielfältige Weise.



Bildquelle: CDU Deutschland



Bei der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

einen zuverlässigen Nacht- und Notdienst sicherstellen können. Denn Apotheken im ländlichen Raum leisten sehr viel häufiger Notdienste. Zudem wird der Beruf des Apothekers als Heilberuf gestärkt. Zu den Kompetenzerweiterungen gehört etwa die Leistung ausgewählter pharmazeutischer Dienstleistungen durch Apotheker.

Das Krankenhausanpassungsgesetz ist ein weiteres Vorhaben, bei dem wir durch Anpassungen mehr Planungssicherheit für unsere Länder und Kommunen erreicht haben. Durch einen besseren Dialog konnten wir die Bedingungen ebenso wie die Zwischenfristen zur Umsetzung anpassen. Das bringt mehr Freiheiten dort, wo die Krankenhausreform am Ende zielgerichtet umgesetzt werden muss.

Zur Umsetzung unserer Gesundheitspolitik ist die kommunale Ebene unverzichtbar. Krankenhäuser und Apotheken stellen die Gesundheitsversorgung vor Ort und damit eine qualitative und bedarfsgerechte Versorgung sicher. Um unsere Gesetze praxistauglich zu gestalten, sind wir auf den Input unserer Kommunen angewiesen. Daher hat es mich besonders gefreut, in der AG Kommunalpolitik sprechen zu dürfen.

Die Stärkung der Apotheken vor Ort und die Vereinfachung der Regelungen für Apotheken war mir dabei ein besonderes Anliegen. Mit der Apothekenreform konnten wir erhebliche Verbesserung erwirken. Das Skonti-Verbot ist aufgehoben und Nachtdienstzuschläge für Apotheken angehoben, sodass wir auch auf dem Land

70 Jahre Bundeswehr und neuer Wehrdienst



Bildquelle: Bundeswehr

Deutschlands deutlich zu steigern. Deutschland hat der NATO zugesagt, bis 2035 personelle Fähigkeiten im Umfang von rund 260.000 Soldaten und 200.000 Reservisten bereitzustellen. Um den personellen Aufwuchs zu gewährleisten, wird die Bundeswehr ab dem kommenden Jahr alle 18-Jährigen anschreiben. Alle Männer ab dem Jahrgang 2008 werden dann verpflichtend gemustert. Sollten die personellen Ziele über die Freiwilligkeit nicht erreicht werden, kann es eine Bedarfswehrpflicht geben. Das heißt: Es werden so viele junge Männer eingezogen, wie es braucht, um die personelle Lücke zu füllen.

Am 12. November feierten wir den 70. Geburtstag der Bundeswehr – gegründet 1955 in Bonn, zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gründung der Bundeswehr und Deutschlands Beitritt zur NATO 1955 sind entscheidende Wegmarken der deutschen Geschichte. Seit nunmehr 70 Jahren stehen unsere Soldatinnen und Soldaten für Frieden, Freiheit und Sicherheit. Danke an alle, die Verantwortung übernehmen und unser Land schützen.

In diesem Kontext ist es sehr erfreulich, dass sich die Koalition nun auf einen neuen, zeitgemäßen Wehrdienst geeinigt hat. Angesichts gestiegener sicherheitspolitischer Bedrohungen, die insbesondere durch den russischen Angriffskrieg signifikant verstärkt wurden, ist es unerlässlich die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit

Agrardieselrückerstattung kommt in vollem Umfang wieder



Bildquelle: Marcel Ditrich

Die Rückkehr zur vollen Agrardieselrückvergütung ist ein starkes Signal an unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Wir entlasten bäuerliche Familienbetriebe, schaffen mehr Planungssicherheit und stärken gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit. Unser beharrlicher Einsatz für die deutsche Landwirtschaft zeigt Wirkung.

Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde außerdem erwirkt, dass Biomasse weiterhin als eine erneuerbare Energiequelle im Stromsteuerrecht gilt. Damit setzen wir als Union unsere Politik zur Entlastung der Landwirtschaft konsequent fort. Denn mit der Einordnung von Biomasse als uneingeschränkt begünstigtem Energieträger, wurde die drohende Kostensteigerung für die Land- und Forstwirtschaft ab dem 01.01.2026 abgewendet und lediglich der EU-Mindeststeuersatz beibehalten.

Am 6. November beschloss der Deutsche Bundestag die Wiedereinführung der Agrardieselrückerstattung in vollem Umfang. Damit korrigieren wir die Fehlentscheidung der abgewählten Ampel-Regierung und setzen ein zentrales Anliegen der CDU/CSU um.

Der von der Ampel Ende 2023 beschlossene Wegfall hatte zu breiten Protesten im Agrarsektor geführt und zur Folge, dass landwirtschaftliche Betriebe derzeit nur noch mit 6,44 Cent pro Liter steuerlich entlastet werden. Ab 1. Januar 2026 sollte die Entlastung komplett entfallen. Stattdessen wurde nun von der Koalition aus CDU/CSU und SPD die vollständige Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung von 21,48 Cent zum 1. Januar 2026 beschlossen. Damit unterstützt die Bundesregierung die Landwirtschaft künftig mit rund 430 Millionen Euro jährlich.

Meilensteine der Koalition in den ersten sechs Monaten

1. Unternehmenssteuern gesenkt, erstmals seit 15 Jahren

Damit unser Wirtschaftsstandort attraktiv und Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben, sinkt die Körperschaftsteuer ab 2028 um einen Prozent-Punkt jährlich von 15 Prozent auf 10 Prozent.

2. Irreguläre Migration zurückgedrängt

Unsere Grenzen werden endlich gesichert, der Familiennachzug wird begrenzt, Straftäter werden konsequent abgeschoben, auch nach Syrien und Afghanistan, die Asylanträge sind im fast 60 Prozent gesunken.

3. Klima für Investitionen verbessert

Weil nur private Investitionen unseren Wohlstand sichern können, ermöglichen wir Abschreibung von bis zu 30 Prozent pro Jahr, erhöhen die Forschungszulage und verbessern die Bedingungen für E-Mobilität.

4. Modernisierung der Infrastruktur finanziert und angestoßen

Mit der größten Modernisierungs-Offensive seit der Wiedervereinigung stellen wir 500 Mrd. Euro für Schulen und Kitas, Bahnstrecken und Straßen, Forschung und Digitalisierung bereit, Länder und Kommunen erhalten 100 Mrd. Euro zusätzlich für Sanierung und neue Projekte.

5. Energiekosten spürbar reduziert

Um Unternehmen und Bürger zu entlasten, werden die Kosten für Strom und Gas in den nächsten vier Jahren um insgesamt 26 Mrd. Euro gesenkt und ein Industriestrompreis eingeführt.

6. Wehrhaftigkeit unseres Landes gesichert

Der moderne Wehrdienst kommt, die Bundeswehr erhält endlich die Ausrüstung und Wertschätzung, die sie benötigt.

7. Landwirtschaft entlastet und wertgeschätzt

Bauern erhalten wieder eine Rückerstattung für den Agrardiesel, das große Protestthema wird gelöst, die Bürokratie für die Landwirtschaft wird deutlich reduziert.

8. Fördern und Fordern gilt wieder

Das Bürgergeld wird abgeschafft, die neue Grundsicherung eingeführt. Wer arbeiten kann, soll arbeiten, wer sich verweigert, erhält keine Leistungen mehr.

9. Leistung lohnt sich

Die Aktivrente ist auf dem Weg. Ältere, die länger arbeiten wollen, können künftig 2.000 Euro im Monat steuerfrei hinzuverdienen, die Pendlerpauschale wird zum 01.01.2026 erhöht.

10. Unser Einfluss in der Welt wächst

Mit Friedrich Merz hat unser Land wieder einen Kanzler, der in Europa führt und bei wichtigen Verhandlungen in der Welt eingebunden ist.

Besuch aus dem Wahlkreis



Bildquelle: BMG, Michael Schinkel

Es hat mich sehr gefreut, gleich zwei Gruppen aus meinem Wahlkreis zu treffen. Schülerinnen und Schüler des Schulverbunds Creglingen und der Zentralgewerbeschule Buchen machten im Rahmen ihrer Berlin-Fahrt Halt im Bundesministerium für Gesundheit.

Danke für euren Besuch und den Austausch – ich freue mich schon auf ein Wiedersehen in meiner Heimat!

Sexkaufverbot für Deutschland



Bildquelle: moma Duell, ZDF-Morgenmagazin

Im vergangenen Monat konnte ich in meiner Funktion als Bundesvorsitzende der Frauen Union zu einem sehr wichtigen und hochaktuellen Thema sprechen: Dem nordischen Modell für Prostitution. Im Kern geht es dabei um ein Sexkaufverbot, denn die Situation von Prostituierten in Deutschland ist dramatisch und von täglicher Gewalt und Ausbeutung geprägt. Wenn wir Frauenrechte und Menschenwürde ernst nehmen wollen, brauchen wir ein Sexkaufverbot in Deutschland. Mit der Legalisierung der Prostitution im Jahr 2002 wurde Deutschland zum Zielland von Menschenhandel, sexueller Ausbeutung und Prostitution. Um es deutlich zu machen, die Legalisierung der Prostitution in Deutschland ist an der Realität des Prostitutionsmilieus gescheitert.

Daher möchten wir das Nordische Modell (NM) in Deutschland umsetzen. Dazu zählt unter anderem ein Verbot des Sexkaufs und Sanktionsfreiheit gegen Prostituierte. Damit setzt das Nordische Modell bei der Nachfrage an, die den ökonomischen Anreiz für das Geschäft mit sexueller Ausbeutung setzt und konzentriert sich auf den Opferschutz.

Andere Staaten, wie etwa Schweden, zeigen erfolgreich, dass das Nordische Modell zu einer massiven Reduktion von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Ausbeutung führt.

Fotogalerie



Bildquelle: Xander Heind

Treffen der G20-Gesundheitsminister in Südafrika



Bildquelle: Jan Pauls

Auftaktveranstaltung zur Allianz postinfektiöse Erkrankungen: Long COVID, ME/CFS



Bildquelle: Paul Schneider

Deutschlandtag der JU in Rust



Bildquelle: Frauen Union

Landesdelegiertentag der Frauenunion Saar



Bildquelle: Büro Warken

Empfang des Wirtschaftsrats Baden-Württemberg



Bildquelle: Jan Pauls

Auftaktveranstaltung zum Dialogprozess Wechseljahre

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)